

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon in Pakistan erwartet

Für Mitte August wird UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon zu seinem zweiten offiziellen Besuch in Pakistan erwartet. Dieser Besuch ist bald nach dem Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan geplant, wurde aber unter anderem wegen der aktuellen Überschwemmungen um einige Tage verschoben. Während seiner zweitägigen Reise wird Ban-Ki Moon unter anderem das *Peace Restoration Centre* an der *National Defence University* eröffnen sowie Premier Sharif und Präsident Zardari treffen.

Sicherheitschef von Präsident Zardari Opfer eines Selbstmordanschlages

Bei einem Selbstmordanschlag auf das Auto des Sicherheitschefs von Staatspräsident Asif Ali Zardari in Karachi, in direkter Nähe zu einem Parteibüro der *Pakistan People's Party*, kamen Anfang Juli 2013 insgesamt drei Menschen, darunter der Sicherheitschef des Staatspräsidenten, ums Leben, zehn wurden verletzt. Das gepanzerte Fahrzeug wurde dabei zerstört. Zu diesem Attentat – zeitlich in einer anhaltenden Serie von Anschlägen auf Politiker seit dem Regierungsantritt von Nawaz Sharif – wurde kein Bekennerschreiben bekannt. Seit Langem sind jedoch Drohungen der Taliban gegen Zardari bekannt.

Bin Laden und Pakistan

Nachdem die Meldungen über die Tötung Bin Ladens durch ein US-Kommando im Mai 2011 zur öffentlichen Blamage für die pakistanische Regierung und Armee führte, wurde eine unabhängige vierköpfige Expertenkommission zur Untersuchung der Umstände um Bin Ladens Aufenthalt in Pakistan eingesetzt. Der insgesamt 336 Seiten starke Abschlussbericht wurde laut *Spiegel online* Anfang 2013 der Regierung für den „internen Gebrauch“ übergeben, mittlerweile über unbekannte Kanäle aber durch den arabischen Nachrichtensender *Al-Jazira* publiziert. Für diesen Bericht wurden unter anderem die drei aus Pakistan abgeschobenen Witwen Bin Ladens sowie der frühere Leiter des Militärgeheimdienstes ISI befragt. Demnach hielt sich Bin Laden seit 2002 in Pakistan auf, mit Standorten in Süd-Waziristan, Bajaur, Peschawar, Swat, Haripur und schließlich seit 2005 in Abbottabad. Insgesamt habe

er sehr zurückgezogen gelebt und setzte bei Spaziergängen einen Cowboyhut auf, um auf Aufklärungsfotos nicht erkannt zu werden. In Bezug auf die Geheimdienste und vor allem den ISI kommt die Kommission zu dem Schluss, dass aufgrund des langen Aufenthaltes von Bin Laden und seiner Familie eine direkte oder indirekte Hilfe nicht auszuschließen sei, wobei aber Beweise hierzu fehlten. Zudem wurde der ISI vom US-Geheimdienst CIA gebeten, Telefonkontakte des Bin Laden Kuriers, der auf demselben Grundstück in Abbottabad wohnte, zu überprüfen, ohne dass weitere eigene Schlussfolgerungen gezogen wurden.

Heftige Monsunregen und Überschwemmungen

Landesweit haben Ende Juli und Anfang August 2013 heftige Monsunregen zu Sturzfluten im Bergland sowie zu Wolkenbrüchen und Überschwemmungen in allen Provinzen geführt. Als besonders hart betroffen gelten der Chitral-Distrikt im Hindukusch sowie Teile Karachis. Bis Anfang August 2013 wurden rund 80 Tote registriert sowie Tausende betroffene Familien und hohe materielle Schäden an Eigentum, Infrastruktureinrichtungen und Ackerflächen. Die pakistanische Regierung hat jedoch – wie bei den letzten Überschwemmungen seit der „Jahrhundertflut“ vom Sommer 2010 – auf ein internationales Hilfeersuchen verzichtet. Lokal – wie etwa in Karachi – wurde aber offiziell der Notfall erklärt. Nach UN-Meldungen werden bis Mitte August weitere heftige Monsunregen erwartet. In Pressemeldungen und -kommentaren wird beklagt, dass nach den Unwettern und Überschwemmungen der letzten Jahre keine ausreichenden Verbesserungen für die Katastrophenvorsorge getroffen wurden. Laut BBC tauschten sich die südasiatischen Nachbarländer nicht genügend über Unwetterwarnungen und hydrologische Daten aus, sodass keine grenzübergreifenden Frühwarnungen möglich seien. Insbesondere Abflussdaten gelten als politisch sensibel, da mehrere Flussverläufe Teil noch ungelöster zwischenstaatlicher Konflikte sind.

Finanzielle Unterstützung der *Islamic Development Bank* für Rohstoffimporte

Bei einem Treffen zwischen dem Präsidenten der *Islamic Development Bank* (IDB), Dr. Ahmed Muhammad Ali, und dem pakistanischen Finanzminister Ishaq Dar in Dschiddah wurden Anfang August 2013 zusätz-

liche Kreditzusagen und Außenhandelsfinanzierungen zugesagt. Mit zusätzlichen Importfinanzierungen in Höhe von 150 Millionen US-Dollar sowie mit Krediten bis zu 750 Millionen US-Dollar sollen unter anderem Engpässe bei der Versorgung mit Mineraldünger und Ölprodukten sowie Engpässe der Währungsreserven ausgeglichen werden. Laut pakistanischen Pressemeldungen zieht die *Economic Co-ordination Commission* zudem – wie schon im Vorjahr – in Erwägung, auch den *Saudi Development Fund* um die Finanzierung dringend notwendiger Rohstoffimporte zu bitten.

Positive Ertragsentwicklung der Mineralölwirtschaft – Abbau der zirkulären Verschuldung

Im Finanzjahr 2012–2013 entwickelten sich die Aktien der Vertreiber von Ölprodukten als die besten auf dem pakistanischen Aktienmarkt. Mit den jüngsten Maßnahmen sowohl der vorherigen PPP- als auch der neuen PML-N-Regierung konnte die Liquidität der Mineralölfirmen deutlich verbessert werden. Als eines der prekären Wirtschaftsprobleme Pakistans gilt unter anderem die zirkuläre Verschuldung durch das Aussetzen von Zahlungen für Energiekosten vor allem durch die öffentliche Hand, wodurch wiederum etwa Stromproduzenten ihre Lieferanten für Erdgas und –öl nicht bezahlen können und diese wiederum nicht die Raffinerien oder Importeure. Marktbeobachter erwarten zudem von der neugewählten Sharif-Regierung weitere Investitionsprogramme, etwa im Straßenbau, sodass – auch im Zuge der Überweisungen weiterer Kredittranchen des Internationalen Währungsfonds im September 2013 – eine weitere positive Wirtschaftsentwicklung im Sektor der Mineralölwirtschaft und Energieversorgung erwartet wird. Als eine Grundvoraussetzung wird dabei aber auf die Stabilisierung der pakistanischen Rupie sowie auf die Stabilität der internationalen Ölpreise verwiesen.

Erhöhte Alarmbereitschaft in Islamabad – US-Botschaft geschlossen

Zum Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan um den 8. August 2013 und im Vorgriff auf den Jahrestag des 11. September 2001 schlossen die USA zahlreiche Botschaften und Einrichtungen vor allem in islamischen Ländern. Auch in Islamabad wurde nach Hinweisen auf große Talibanangriffe die höchste Alarmbereitschaft ausgerufen. Anlass für diese Sicherheitsvorkehrungen sind laut Presseberichten unter anderem abgehörte Gespräche zwischen Mitgliedern des *al-Kaida*-Netzwerkes. Für Islamabad liegen laut dem dortigen Polizeichef separate Hinweise auf einen großen Taliban-

angriff vor, woraufhin vor allem die Hügelkette der Margallahs von Sicherheitskräften durchsucht wurde. Von deren Hügeln aus sind alle politischen Einrichtungen in der Hauptstadt einsehbar und in der Reichweite von Angreifern.

Mamnoon Hussain als neuer Präsident gewählt

Durch einen gemeinsamen Wahlgang der Abgeordneten des Senats, der Nationalversammlung sowie der vier Provinzparlamente – und damit erstmals nicht mehr in Direktwahl durch das Volk – wurde der Geschäftsmann Mamnoon Hussain als Kandidat der regierenden *Pakistan Muslim League Nawaz* (PML-N) am 30. Juli 2013 zum zwölften Präsidenten Pakistans gewählt. Mamnoon Hussain gilt als Vertrauter des Premierministers Nawaz Sharif, war zuvor Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer in Karachi und 2009 für kurze Zeit Gouverneur der Provinz Sindh, bevor er von General Musharraf nach dessen Machtübernahme abgesetzt wurde. Nach einer Verfassungsänderung wird der Präsident zukünftig nur noch überwiegend repräsentative Aufgaben übernehmen können. Die Wahl eines PML-N-nahen Kandidaten zum neuen Präsidenten galt nach den PML-N-Erfolgen bei den jüngsten Parlamentswahlen als sicher. Zudem hatte der noch bis zum 8. September 2013 turnusmäßig amtierende Präsident Asif Ali Zardari auf eine Wiederwahl verzichtet und seine *Pakistan People's Party* hatte den Wahlgang letztlich aus Verfahrensgründen boykottiert.

Mordanklage gegen Pervez Musharraf

Gegen den früheren Regierungschef und Staatspräsidenten Pervez Musharraf erhebt die Staatsanwaltschaft vor einem Anti-Terror-Gericht in Rawalpindi Anklage wegen Verschwörung zum Mord an Benazir Bhutto und fordert die Todesstrafe. Die aus dem Exil zurückgekehrte Ex-Premierministerin Benazir Bhutto war im Dezember 2007 bei einer Wahlkampfveranstaltung in Rawalpindi Opfer eines Selbstmordattentats geworden. Schon 2008 beantragten ihr Witwer und derzeitiger Staatspräsident Asif Ali Zardari sowie der 1999 von Musharraf entmachtete Ex-Premier und im Mai erneut zum Premierminister gewählte Nawaz Sharif gegen Pervez Musharraf ein Amtsenthebungsverfahren. Derzeit laufen gegen Musharraf zwei weitere Verfahren, unter anderem wegen des von ihm erlassenen Hausarrests gegen mehrere Richter. Seit April 2013 steht er selbst unter Hausarrest und gegen ihn wurde ein umfassendes Politikverbot erlassen, sodass er auch nicht für die Parlamentswahl vom Mai 2013 kandidieren durfte.

Sturm auf Gefängnis in Dera Ismail Khan

Ende Juli 2013 konnten Talibankämpfer laut Pressemeldungen nahezu 250 Häftlinge aus dem Staatsgefängnis in Dera Ismail Khan, in der nordwestlichen Khyber-Pakhtunkwa-Provinz befreien, darunter mindestens 30 Islamisten. Dabei setzten die Taliban während der rund vierstündigen Kämpfe etwa 150 Kämpfer und unter anderem Mörser und Panzerbüchsen (RPGs) ein. In diesem Gefängnis sitzen rund 5000 Häftlinge ein, darunter nach Schätzungen 300 so genannte Aufständische. Erst im April 2013 entkamen bei einem Gefängnissturm im Nordwesten rund 400 Häftlinge.

Attentat auf zehn Bergtouristen am Nanga Parbat

Die zu den pakistanischen Taliban gezählte Gruppe Jundullah erklärte das Attentat von Ende Juni 2013 auf zehn Touristen am Nordfuß des Nanga Parbat als Racheakt für die Tötung des Taliban-Vizechefs Wali-ur Rehman durch einen US-Drohnenangriff Ende Mai 2013 (siehe weitere Meldung in diesem Heft). Die Angreifer trugen paramilitärische Uniformen und stürmten nachts ein Hotel auf der Nordseite des Nanga Parbats, in dem sich mehrere meist ausländische Bergtouristen aufhielten. Nach Pressemeldungen wurden bald nach der Tat 20 Verdächtige festgenommen. Eines der Opfer ist ein Pakistani, vermutlich ein Bergführer, welcher zur schiitischen Minderheit gerechnet wird. Die allgemein eher als ruhig eingestufte Region Gilgit-Baltistan (zuvor *Northern Area* genannt) ist jedoch wiederholt Schauplatz von kommunalistischer, vor allem gegen Schiiten gerichteter Gewalt (vgl. Südasien 1 & 2/2012). Zahlreiche Täler im Norden sind mehrheitlich von Schiiten und Ismailiten bewohnt. Erstmals seit langem wurden mit diesem Attentat Touristen Opfer der anhaltenden Gewalt in Pakistan. Laut Pressemeldungen hätten sich die Taliban in ihrem Bekenner schreiben gezielt Touristen und Ausländer als „Ungläubige, die dem Islam schaden wollten,“ zum Ziel genommen. Als Reaktion auf dieses Attentat wurde unmittelbar danach der Polizeichef von Gilgit-Baltistan entlassen und der Bergtourismus rund um den Nanga Parbat offiziell auf unbestimmte Zeit eingestellt.

Todesstrafe wieder eingeführt

Die Sharif-Regierung beschloss Anfang Juli 2013, die Todesstrafe für 28 Verbrechen wieder einzuführen. Laut Pressemeldungen geht die Regierung von rund 400 Verurteilten aus; demgegenüber schätzt *Amnesty International* (AI), dass in pakistanischen Gefängnissen

mehr als 8000 zum Tode verurteilte Häftlinge einsitzen. Ein durch den Präsidenten Asif Ali Zardari 2008 erlassenes Dekret zur Aussetzung des Vollzugs der Todesstrafe lief am 30. Juni 2013 aus. In dieser Periode wurde einzig im November 2012 ein Soldat exekutiert. Die neue Regierung setzt vor allem auf das vermutete Abschreckungsmoment, um der zunehmenden Gewalt und Kriminalität Herr werden zu können. Für *Amnesty International* ist dies jedoch ein „schockierender Rückschritt“, da internationale Berichte wiederholt keinen Beleg für eine solche Abschreckung zeigten. In einem offenen Brief richtete sich der AI-Generalsekretär Shalil Shetty am 17. Juli 2013 mit dem dringenden Aufruf an Premier Nawaz Sharif, keine Exekutionen vorzunehmen und die – oft in unfairen Prozessen – erlassenen Todesurteile in Haftstrafen zu wandeln.

Attentat auf Impfteam in Peschawar

Bei einem Attentat auf ein Impfteam der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kam in Peschawar Ende Mai 2013 eine Impfhelferin ums Leben, eine zweite Helferin wurde schwer verletzt. Nachdem auch in Karachi Todesdrohungen gegen Impfteams eingingen, setzte die WHO ihre Kampagne gegen die Kinderlähmung (Polio) aus. Seit Ende 2012 wurden mehr als zwölf Mitarbeiter von Impfteams erschossen, woraufhin die Behörden Polizeieskorten anboten. Dies wurde im jüngsten Fall aber von den Teams abgelehnt. Die pakistanischen Taliban bekämpfen die Impfmaßnahmen, unter anderem, weil sie diese Kampagnen als Spionage zur Vorbereitung von Drohnenangriffen auf ihre Verstecke bewerten. Darüber hinaus gibt es eine weit verbreitete Ablehnung von Kinder-Impfungen (vgl. Südasien 2/2012) sodass Pakistan weltweit eines der Länder mit den höchsten Polio-Erkrankungen ist.

Drohnen über Pakistan – Erfolge, Proteste, Mythen

Nach unbestätigten Agenturmeldungen wurde Wali-ur Rehman – der Vizeleiter der pakistanischen Taliban, auf den ein Kopfgeld von fünf Millionen US-Dollar ausgesetzt war – Ende Mai in Nord-Waziristan durch einen US-Drohnenangriff zusammen mit weiteren fünf mutmaßlichen Kämpfern getötet. Wie üblich wurde dieser Drohnenangriff von der pakistanischen Regierung verurteilt. Ein Gericht in Peschawar erließ zudem ein Urteil, nach dem die US-Drohnenangriffe in den Stammesgebieten als Kriegsverbrechen bewertet werden. Bei seinem Besuch in Islamabad Anfang August 2013 kündigte der US-Außenminister John Kerry an, dass die USA ihre Drohnenangriffe auf Islamisten „sehr bald“ einstellen wollten,

unter anderem mit dem Ziel, die politischen Beziehungen zu Pakistan wieder zu verbessern. In einem umfassenden Rückblick berichtete *International Crisis Group* Mitte Mai 2013 über den seit 2004 stattfindenden Einsatz von bewaffneten Drohnen durch die USA vor allem in den pakistanischen Stammesgebieten Nord- und Süd-Waziristan und Khurram. Diese 350 Drohneneinsätze forderten ebenso einen hohen zivilen Schaden, der objektiv nicht überprüfbar ist. Unabhängigen Beobachtern stehen meist nur Medienberichte zur Verfügung, sodass diese sogenannten Kollateralschäden je nach Interessenslage systematisch unter- beziehungsweise überschätzt werden. Auch über die Folgewirkungen – etwa die tatsächliche Schwächung der Terrorgruppen gegenüber der politischen Bedeutung der zivilen Opfer – kann oftmals nur spekuliert werden. Auch die offizielle Politik Pakistans gegenüber den Drohneneinsätzen ist zwiespältig. Neben der wiederholt öffentlich geäußerten Kritik und Verurteilung solch externer Aktionen über pakistanischem Territorium ist bekannt, dass gerade das pakistanische Militär den USA gerne Ziele von Terroristen nennt, um deren Liquidation zu erreichen. Genauso wird aber auch vermutet, dass pakistanische Kräfte wiederholt falsche Informationen liefern, um ihr genehme Gruppen vor Drohnenangriffen zu schützen. *International Crisis Group* fordert von der US-Regierung die Einstellung der Drohnenangriffe, weil diese gegen internationales Menschenrecht verstoßen. Drohneneinsätze sollten nicht mehr länger dem Geheimdienst CIA zugeordnet sein sondern dem Verteidigungsministerium übertragen werden. Über die notwendige Debatte über Legitimität und Transparenz der Drohnenangriffe stellt *International Crisis Group* aber auch klar, dass diese Einsätze keine dauerhafte Lösung des Terrorismusproblems in dieser Region bieten. Von der pakistanischen Regierung fordert *International Crisis Group* statt der zwiespältigen Haltung gegenüber den US-Drohneneinsätzen und dem medialen Eingehen auf nationalistische Forderungen, vielmehr die Stammesgebiete in das politische System Pakistans aufzunehmen und den Sonderstatus aufzugeben. Nur so könne den Menschen dort dieselben Rechte zugestanden und der Einfluss extremistischer Gruppen zurückgedrängt werden.

Erste Frauen-Dschirga im Swat-Tal einberufen

Um der anhaltenden Nichtbeachtung der Probleme von Frauen im Alltag und vor allem bei Rechtsverstößen entgegenzuwirken haben Frauen im Swat-Tal erstmalig ein Dschirga der Frauen einberufen, wie die Süddeutsche Zeitung Mitte Juli berichtete. Bei diesen gemeinsam Männern vorbehaltenen Ratsversammlungen wird unter anderem Recht gesprochen, gerade in Fällen in

denen der Staat mit seinen Einrichtungen untätig bleibt oder versagt. Da jedoch auch die traditionellen Dschirgas einzig von Männern besetzt sind und Probleme der Frauen nicht aufgegriffen werden, sahen rund 25 Frauen um Tabassum Adnan und die Nichtregierungsorganisation *Shirkat Gah* die Notwendigkeit, eine eigene Ratsversammlung, eine Dschirga, einzuberufen. Neben dem Anlass der nahezu alltäglichen häuslichen Gewalt gegen Frauen ist auch Malalah Yousufzai mit ihrem öffentlichen Eintreten für die Mädchenschulbildung (vgl. Süd-asien 1/2013) Vorbild für diese Gemeinschaftsaktion.

NRO verliert in Karachi den zweiten Menschenrechtsaktivisten innerhalb von zwei Monaten

Am 13. Mai 2013 wurde in Karachi der bekannte Menschenrechtsaktivist und Betreiber einer ko-edukativen Schule, Abdul Waheed Khan (35), vermutlich von Taliban vor seinem Haus erschossen. Bei diesem Attentat wurden auch seine einjährige Tochter sowie sein Bruder verletzt. Schon ein Jahr zuvor wurden ein älterer Bruder und Vertrauter Waheeds und er selbst angeschossen. Schon länger wurde Waheed wegen seines Engagements – vor allem für Mädchenbildung – von Taliban und in Ankündigungen in mehreren benachbarten Moscheen bedroht. Mit der Ermordung Waheeds wurde seit dem 13. März 2013 die zweite wichtige Persönlichkeit des *Orangi Pilot Project* (OPP) in Karachi ermordet. Abdul Waheed Khan war der OPP-Präsident in seinem Wohnbezirk Islamiya Colony, Qasba. Zuvor wurde im März die geschäftsführende Direktorin von OPP, Perveen Rehman, von Unbekannten im selben Stadtgebiet erschossen. Waheed hatte mit Unterstützern im Jahr 2009 erfolgreich damit begonnen, alternative Schulangebote für die weit verbreiteten Koranschulen, Medresen, zu errichten, um armen Migranten aus dem Nordwesten Pakistans eine bessere Schulausbildung zu ermöglichen. Dies hatte den Missmut fundamentalistischer Kreise hervorgerufen, die in diesen Bildungsinitiativen unter anderem als von den USA und dem Westen indoktrinierte Programme sahen. Neben den Bildungsaktivitäten setzte sich Waheed auch für eine bessere Basisgesundheitsversorgung ein, ließ Landvermessungen etwa für eine geeignete Abwasserableitung durchführen und unterstützte Betroffene, ihre Rechte einzufordern. Nach Angaben der *Asian Human Rights Commission* AHRC werden solche Aktivisten wiederholt Opfer der Interessen von Landspekulanten (*land grabbers*) sowie fundamentalistischer Kreise oder auch der staatlichen Sicherheitsdienste. So kommen auch jedes Jahr 15 bis 20 Journalisten durch „unbekannte Täter“ ums Leben. Offizielle Untersuchungen solcher Fälle enden bislang nie mit einer Aufklärung und Verhaftung

von Tätern. Informierte Kreise in Pakistan gehen aber sehr wohl davon aus, dass die Polizei genau über die Täter informiert ist, aber kein Interesse an einer Aufklärung hat. Das Festhalten an „unbekannten Tätern“ in offiziellen Berichten wird demnach vielmehr als Verschleierung für extra-legale Tötungen verstanden. Im Fall der Ermordung Waheeds fordert AHRC eine Entschädigung für die Familie sowie die Fortsetzung seiner Bildungsprogramme und schließlich eine rasche Aufklärung und Verhaftung der Täter, welche im direkten Umfeld seines weitgehend von Taliban kontrollierten Wohnortes vermutet werden. Darüber hinaus wird die pakistanische Regierung dafür angeklagt, dass sie weder den Schutz solcher Sozial-Aktivisten ernst nimmt noch die soziale Grundversorgung für die Menschen in ausreichendem Maße bereitstellt.

Vertreibungen in den Stammesgebieten

Nach Angaben des UN-Büros für Humanitäre Koordination (OCHA) wurden Mitte Mai rund 72.000 Menschen aus der Khurram Agency in den Stammesgebieten Nordwestpakistans vertrieben. Diese Vertreibung erfolgte innerhalb von zwei Wochen aufgrund anhaltender „Sicherheitsoperationen“, das heißt Kämpfen der Armee und Paramilitärs gegen Extremisten. Damit wird die Lage der Intern-Vertriebenen nochmals verschärft, nachdem im April 2013 schon rund 80.000 Menschen das Tirah-Tal in der Khyber Agency verlassen mussten. Insgesamt gehen Schätzungen von nahezu 1,1 Millionen Intern-Vertriebenen in der nordwestlichen Provinz Khyber Pakhtunkhwa (KP) sowie den Stammesgebieten aus, seit Beginn der Kämpfe im Jahr 2008.

„Wer ist mein Nächster?“

Die Christen Pakistans und ihre Herausforderungen

James Channan

[...] Die pakistanische Kirche hat eine lange Geschichte. Es ist eine Geschichte einer Kirche, die in all den Zeiten immer finanziell gesehen arm war. Wir sind sehr stolz darauf, dass unsere Wurzeln bis ins erste Jahrhundert zurückreichen. Gemäß den Überlieferungen war es der Apostel Thomas selbst, der bis ins heutige Pakistan vorgedrungen ist, um in den Jahren 45 bis 52 n. Chr. das Wort Gottes zu predigen und die Frohe Botschaft zu verkünden. Gemäß der Tradition war es der Ort Sir Koop in der Nähe von Taxila (etwa eine Autostunde von der heutigen Hauptstadt Islamabad entfernt), wo der Apostel Thomas gewirkt hat.

Wenn wir zurückblicken und das Leben und die Geschichte der Kirche in Pakistan uns anschauen, werden wir sehen, dass es die Armen dieses Landes waren, schwach und marginalisiert, diskriminiert und verachtet von den Reichen, die die Botschaft Jesu annahmen und das Christentum umarmten.

Christen sind ein nicht wegzudenkender Teil der Pakistan-Bewegung, der Unabhängigkeit, seines Fortschritts und seines Erfolges. Politisch gesehen waren es Christen wie zum Beispiel S. P. Singha, Sprecher der *Pun-*

jab Legislative Assembly, C. Gibbons, Joshua Fazal Din und Chandul Lall, die Seite an Seite mit Muhammad Ali Jinnah – dem Gründer Pakistans – gekämpft haben. Christen haben eine sehr wichtige Rolle gespielt, damit die Provinz Pandschab ein Teil von Pakistan wird, denn ihre Stimmen waren entscheidend, damit die Muslim-Liga die notwendige Mehrheit erhielt. Und es war schließlich mit S. P. Singha ein christlicher Sprecher, der 1945 den Wahlsieg der Muslim-Liga verkündete.

Heute ist Pandschab die größte und wichtigste Provinz Pakistans. 110

Millionen der insgesamt 180 Millionen Bürger des Landes leben im Pandschab, darunter etwa drei Viertel der 3,5 Millionen Christen Pakistans. Auch die meisten Priester und Ordensleute stammen aus dem Pandschab. [...]

Zahlreiche führende Persönlichkeiten des Landes, die Christen sind, stammen ebenfalls aus dem Punjab. Zum Beispiel Shabaz Bhatti, der als Bundesminister für die Angelegenheiten von Minderheiten der Bundesregierung angehörte, am 2. März 2011 jedoch von Extremisten erschossen wurde, Julius Salik, Länderminister